

Landesvorstand der SPD Mecklenburg-Vorpommern

01. Oktober 2007

Keine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern lehnt eine vollständige oder teilweise Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG ab. Die Delegierten zum Bundesparteitag werden aufgefordert, auf dem Bundesparteitag dem Antrag zuzustimmen, der diese Haltung am besten widerspiegelt.

Begründung:

Kernaufgabe der Deutschen Bahn AG ist es, eine breite, flächendeckende Verkehrsversorgung mit öffentlichem Verkehr in der Bundesrepublik sicherzustellen. Die Bahn erfüllt einen originär öffentlichen Dienstleistungsauftrag, der weder mit einer Ausrichtung als internationalem Logistikkonzern noch mit Renditeerwägungen des Kapitalmarkts in Einklang zu bringen ist. Die öffentliche Infrastrukturverantwortung gebietet, dass das natürliche Monopol des Netzes vollständig und unmittelbar in öffentlichem Eigentum und öffentlicher Verfügungsmacht ist.

Mit einer vollständigen oder teilweisen Privatisierung der Deutsche Bahn AG würde der Bund auf eine unumkehrbare Weise verkehrspolitische, wirtschaftliche und soziale Gestaltungsmöglichkeiten verlieren.

Die Bahn muss im Sinne ihrer Kernaufgabe, die Erwirtschaftung von Rendite gehört *nicht* dazu, neu ausgerichtet werden. Diese Deutsche Bahn, die auch weiterhin in einer vollständigen staatlichen Eigentümerschaft verbleibt, muss sich stärker als bislang der Erreichung der verkehrspolitischen Ziele in der Bundesrepublik widmen. Wir wollen mehr Verkehr auf die Schiene bringen und eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit attraktiven Angeboten des öffentlichen Verkehrs.